

Paroli

Landtagswahl
Wahlkreis 13

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Landtagswahl
extra
Oktober 2023

Unentbehrlich in der Opposition

Interview mit Jan Schalauske, Spitzenkandidat der LINKEN zur Landtagswahl

Du stehst auf Platz 2 der Landesliste und kandidierst direkt in Marburg. Was sind die wichtigsten Themen in Hessen?

Die Bilanz von zehn Jahren Schwarz-Grün in Hessen ist katastrophal. Jeder Fünfte ist von Armut bedroht, jedes vierte Kind. Die Zahl der Sozialwohnungen ist um 25 Prozent zurückgegangen obwohl rund die Hälfte aller Mieter*innen Haus ohne Anspruch auf eine geförderte Wohnung hätte. Bei uns arbeiten mehr als eine halbe Million Beschäftigte im Niedriglohnbereich. Soziale Gerechtigkeit ist bei Schwarz-Grün eine echte Leerstelle, auch im Bildungssektor, wo außen der Putz bröckelt und innen die Lehrer*innen fehlen.

Warum braucht es dazu die DIE LINKE?

Wir haben ein Konzept für ein soziales, ökologisches und gerechtes Hessen. DIE LINKE kämpft für einen Landesaktionsplan gegen Armut und einen Landesmindestlohn von 14 Euro. Mithilfe von öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften wollen wir 10.000 Sozialwohnungen im Jahr bauen und Mieter*innen stärker schützen. Öffentliche Wohnungen müssen ohne Warmmietenerhöhung energetisch saniert werden, damit der Klimawandel nicht die ökonomisch Schwächsten am stärksten trifft. Auch ein flächendeckender Bus- und Bahnverkehr zum Nulltarif

ist gut für Mensch und Klima.

Außerdem ist DIE LINKE die letzte verlässliche politische Kraft gegen einen gesellschaftlichen Rechtsruck, für Humanität und Menschenrechte. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen und nicht die Geflüchteten. Trotz Fachkräftemangel werden aus Hessen Bäcker-Azubi oder Altenpflegehelferinnen abgeschoben.

Was habt ihr in

der letzten Legislatur erreicht?

DIE LINKE erreicht seit 15 Jahren Verbesserungen für die Menschen. Mit unseren Stimmen wurden die Studiengebühren abgeschafft und drei Untersuchungsausschüsse zu rechtem Terror in Hessen eingesetzt. Für unsere Region war es ein großer Erfolg, dass wir gemeinsam mit ver.di und der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem Gutachten aufgezeigt haben, dass die Privatisierung unseres Uniklinikums Gießen und Marburg nicht nur ein Fehler war, ist und bleibt, sondern auch rückgängig gemacht werden kann.



Was willst du insbesondere für Marburg und den Landkreis erreichen?

Ich bleibe dabei: Das Uniklinikum muss zurück in öffentliches Eigentum! Dafür werde ich mich weiter einsetzen. In Marburg braucht es mehr bezahlbaren Wohnraum, auch durch mehr Studierendenwohnheimplätze. Die Industrie im Landkreis muss die klimagerechte Transformation schaffen und DIE LINKE ist eine Versicherung dafür, dass die Beschäftigten dabei nicht unter die Räder kommen.

Das Interview führte Alex Cramer

Kommentar

Keine Stimme für DIE LINKE ist verloren

Ja, DIE LINKE streitet sich. Aber selbst Stimmen für eine zerstrittene LINKE wären nicht verloren. Denn im Gegensatz zu den anderen Landtagsparteien kämpft sie für einen höheren Mindestlohn, für bezahlbare Mieten, für eine Klimapolitik auf Kosten der Reichen, für eine wirkliche Kindersicherungsgrundversicherung, für ausreichend Lehrpersonal. Und darin ist man sich bei der LINKEN einig.

Man muss sich fragen, was wäre, wenn die LINKE seit 2008 keine Fraktion im Landtag gehabt hätte. Dann gäbe es heute noch Studiengebühren, die landeseigene Nassauische Heimstätte/Wohnstatt wäre vermutlich privatisiert. Und es gäbe kein Rechtsgutachten mit ver.di, das die Möglichkeit aufzeigt, unser Uniklinikum wieder in Landeseigentum zu überführen. Der Einsatz der LINKEN für die Untersuchungsausschüsse zum NSU, zum Hanau-Anschlag und zum Lübcke-Mord wäre ausgeblieben und im Petitionsausschuss manche Abschiebung nicht verhindert worden. Viele Forderungen von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen wären nicht im Landtag thematisiert worden.

Aber wenn DIE LINKE die fünf Prozent verfehlt, sind doch alle Stimmen verloren? Wenn alle so denken würden, bliebe sie unter der Hürde. Aber lohnt es sich nicht, dieses Risiko einzugehen? Denn die „kleineren Übel“ zu wählen, macht keinen Sinn, da SPD und Grüne in den Umfragen weit von einer Mehrheit entfernt sind. Deshalb kann man am 8. Oktober ohne Bauchschmerzen DIE LINKE wählen. *Nico Biver*

Bezahlbare Mieten statt fatter Renditen

Auch in Hessen bleibt der Wohnungsneubau weit hinter dem Bedarf zurück

Rechtzeitig zur Landtagswahl verkündete Bauminister Tarek Al-Wazir (Grüne), dass der Bestand an Sozialwohnungen wachse. Aber weder der Mieterbund noch LINKEN-Fraktionsvorsitzender Jan Schalauske konnten eine

Trendwende erkennen. Ein leichter Zuwachs konnte nur erzielt werden, weil Belegungsrechte im Bestand gekauft wurden. Zieht man eine Bilanz von 10 Jahren Schwarz-Grün, ist die Zahl der Sozialwohnungen von 114.354 im Jahr 2013

auf 82.159 im letzten Jahr gesunken. Schwarz-Grün hatte versprochen, den Bau von 22.000 geförderten Unterkünten anzustoßen. 2021 waren es gerade mal 1.750. Bezahlbare Unterkünte bleiben Mangelware. **Fortsetzung S. 2**

Fortsetzung von S. 1

Bezahlbare Mieten ...

Steigende Mieten in den Ballungsräumen in Rhein-Main, aber auch in Universitätsstädten wie Marburg belasten die Menschen enorm. Erschwerend kommt hinzu, dass die Löhne und Renten hinter der Inflationsrate zurückgeblieben sind. Bundesweit werden erheblich weniger Wohnungen gebaut als von der Ampel-Regierung versprochen.

Da wundert es nicht, dass das Statistische Bundesamt berichtete, dass sich die Zahl der Menschen in Notunterkünften, auch in Hessen, im letzten Jahr verdoppelt hat, auf fast 23.000.

Studierende werden von der Entwicklung nicht verschont. Das Marburger Studentenwerk will die Mieten in den Wohnheimen um bis zu 13,5 Prozent erhöhen. An dieser Entscheidung hat das Land seinen Anteil, da es das Studentenwerk nicht ausreichend finanziert. Dem steht keine entsprechende Verbesserung der Studifinanzien gegenüber. Die Ausgaben für das BAföG sollen 2024 von 2,7 Mrd. Euro auf 2,0 Mrd. zurückgehen.

„Die Wohnungskrise wird der Markt nicht lösen“ erklärt Schalauske, der auch wohnungspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist. „Es braucht jetzt schnell ein umfangreiches öffentliches Wohnungsbauprogramm für mindestens 10.000 dauerhaft gebundene Sozialwohnungen pro Jahr sowie die gezielte Förderung gemeinwohlorientierter – d.h. öffentlicher, genossenschaftlicher und anderer nicht-profitorientierter – Wohnungsunternehmen.“

Nico Biver

„Es hat sich ausgegrünt“

Interview mit Barbara Schlemmer, Stadtverordnete in Homberg/Ohm und Landtagskandidatin

Barbara, Du bist bekannt als langjährige Aktivistin gegen den Ausbau der A49 und die Rodung des Dannenröder Forstes. Nun trittst Du für DIE LINKE zur Landtagswahl an. Warum?

Ich war lange bei den Grünen, doch die Partei hat die Umweltbewegung im Stich gelassen und beim Bau der A 49 alle Versprechen gebrochen. DIE LINKE hat uns von Beginn an unterstützt, etwa durch parlamentarische Beobachtung im Danni. Auch jetzt beleuchtet sie das Thema A 49 mit Anträgen, Anfragen und Gutachten, zum Beispiel zu Wasserschutz, weiter. Deshalb trete ich für DIE LINKE an, die als einzige Partei gegen neue Autobahnen ist und ein ernstzunehmendes grünes Programm hat. **Warum glaubst Du, Klimaschutz politisch am besten in der LINKE umsetzen zu können?** Weil das Programm zentrale Maßnahmen klar ausbuchstabiert. Alle



▲ Barbara Schlemmer, ehemalige Sprecherin des A-49-Aktionsbündnisses, und der LINKEN-Kreisabgeordnete Max Peter beim Klimastreik in Marburg im März 2023

Foto: Philip Kaufmann

Ziele sind überprüfbar, andere Parteien bleiben schwammig und wollen sich zentralen Klimaschutzfragen nicht stellen. Wir können dieses Wirtschaftssystem so nicht weiterführen, wenn wir Klimaschutz ernstnehmen wollen. DIE LINKE sagt das klar, macht entsprechend Politik und bittet die Hauptverursacher*innen des Klimawandels zur Kasse.

Was muss sich im Landtag in der Klimapolitik ändern?

Der Ausbau von Photovoltaik und

Windkraft ist gar nicht vorangekommen, in Hessen wurden in diesem Jahr nur 12 Windräder neu errichtet. Zudem muss unsere Biodiversität geschützt werden, es stehen nur 1,7 % der Landesfläche unter Naturschutz. Das ist nicht einmal die Hälfte des Bundesschnitts, trotz Regierungsbeteiligung der Grünen. Und wir dürfen es uns nicht leisten, Flächen zu versiegeln und Wälder zu vernichten, um 20 neue Autobahnen zu bauen. Das geht auf Kosten der Lebensbedingungen kommender Generationen.

Was möchtest Du in der nächsten Legislaturperiode erreichen?

Mein erstes Ziel ist der Wasserschutz. Sinkende Grundwasserstände erschweren vielerorts die Versorgung. Das wirkt sich auch auf die Bausubstanz vor Ort aus. Zweitens will ich erreichen, dass die Verkehrswende ernsthaft angegangen wird, mit Radwegausbau und einer Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene. Und drittens sind wirksamer Arten- und Biodiversitätsschutz unerlässlich für den Klimaschutz.

Das Interview führte Alex Cramer

Spardiktat statt Bildungsideal

Der Philipps-Universität Marburg droht im Haushaltsjahr 2024 ein Defizit von mindestens sieben Millionen Euro. Es könnte noch um ein Vielfaches höher ausfallen, da Landeszusagen für Personalkosten und Inflationsprämien aktuell noch fehlen. Strukturell sind die hessischen Universitäten drastisch unterfinanziert und werden gegeneinander ausgespielt. In Marburg unterliegt der Fachbereich Gesell-

schaftswissenschaften und Philosophie bereits einer Haushaltsperre, die auch weiteren Bereichen droht.

Die Folge: eine Verschlechterung der Bedingungen in Studium und Lehre, etwa durch die Verzögerung von Nachbesetzungen oder den schlichten Wegfall von Professuren und damit verknüpften Stellen. Durch das landespolitische Spardiktat sind die Universitäten immer mehr auf „Drittmittel“ von externen Geldgeber*innen angewiesen, an deren Verteilung auch Politiker*innen beteiligt sind. Gefördert wird, was „gefragt“ und ökonomisch nutzbar wird, das Geld kommt aus öffentlichen oder privaten Töpfen. Ob diese finanziellen Zwänge noch mit der im Grundgesetz niedergeschriebenen Freiheit von Wissen-

schaft, Forschung und Lehre vereinbar sind, muss geprüft werden.

DIE LINKE fordert eine grundlegende Reform der Universitätsfinanzierung mit deutlich besseren Grundlagen vonseiten des Landes und einer Reduzierung der Abhängigkeit von Drittmitteln und Industrie. Nur so kann die hessische Hochschullandschaft demokratisch funktionieren und Wissenschaftler*innen wie Studierenden gute Lern- und Arbeitsbedingungen bieten. Von keiner anderen Partei wird das unzureichende Finanzierungsmodell ernsthaft in Frage gestellt.

Von einem Humboldt'schen Bildungsideal weichen heutige Universitäten also nicht nur mit ihrer berufsorientierten Ausbildung statt allgemeiner Bildung ab. Auch die Freiheit von äußeren Einflüssen ist im Tiefflug.

Sara Müller



Ganz einfach: UKGM vergesellschaften

Gastkommentar von Fabian Dzewas-Rehm, Gewerkschaftssekretär

Der Grundsatz, dass die Gesundheitsversorgung nicht privatem Gewinnstreben unterworfen werden darf, bestätigt sich am UKGM seit der Privatisierung 2006 unter Roland Koch tagtäglich. 2021 richteten 18.000 Unterzeichner*innen eine Petition an den Hessischen Landtag, das UKGM wieder in öffentliche Hand zurückzuführen.

Fabian Dzewas-Rehm, Gewerkschaftssekretär, weist in seinem Gastkommentar nach, dass das bei entsprechendem politischen Willen gar nicht so schwer wäre.

Das Ende der Privatisierung unseres Universitätsklinikums wäre eigentlich billig zu haben: Die Aktie der Rhön Klinikum AG steht aktuell bei 11,80 Euro. Bei 66.938.500 Aktien entspricht das einem Wert von 789.874.300 Euro. Wenige Tage zuvor lag der Kurs bei 11,60 Euro, umgerechnet war die Rhön Klinikum AG also nochmal über 13 Millionen Euro billiger. Neben dem UKGM gehören Kliniken in Bad Berka, Bad

Neustadt und Frankfurt/Oder dazu. Der Verkehrswert des ganzen Konzerns liegt also bei unter 1 Milliarde. Aber warum ist das eigentlich interessant? Ein Kaufangebot liegt ja nicht vor, wie die Wissenschaftsministerin stets betont. Ist aber auch gar nicht nötig. Verge-

sellschaftungen sind möglich, die Basis hierfür bietet Artikel 15 des Grundgesetzes. In einem Rechtsgutachten im Auftrag von ver.di, Linksfraktion und Rosa-Luxemburg-Stiftung wird überzeugend nachgewiesen, dass dies auch im Falle des UKGM möglich sei. Die Vorausset-



Foto: Philipp Kaufmann

▲ Fabian Dzewas-Rehm (re.) mit Jan Schalauske bei einer Kundgebung zum UKGM-Warnstreik in Gießen im November 2022

zung dafür wäre eine gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung des Klinikums ohne Gewinnerzielungsabsicht. Auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen gibt es interessante Entwicklungen, so hat in Berlin jüngst eine vom dortigen Senat beauftragte Kommission die Möglichkeit einer Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne bestätigt.

Leere öffentliche Kassen dürfen hierbei kein Gegenargument sein. Einerseits sind sie leer, weil die Reichen nicht gerecht besteuert werden. Andererseits kann eine nötige Entschädigung unterhalb des Verkehrswertes angesetzt werden. Angesichts des Börsenkurses ist der Preis für eine Rücküberführung des UKGM in öffentliches Eigentum also überschaubar. Zudem hat die Stadt Marburg angekündigt, bis zu 100 Millionen für eine Rücküberführung in öffentliches Eigentum zur Verfügung zu stellen.

Gerechtfertigt ist die Vergesellschaftung auf Basis des Grundgesetzes ohnehin, weil eine gemeinwohlorientierte Gesundheitsversorgung ohne Profitlogik besser für die Mehrheit ist. Ganz einfach.

Fabian Dzewas-Rehm

Keine Adresse für Protest

Die AfD-Politik würde ihren Wähler*innen schaden

Es gibt viele Gründe gegen die Regierung zu protestieren. Ihr kann man vorhalten, dass von der Kindergrundsicherung fast nichts übrig geblieben ist, der Mindestlohn der Inflation hinterherhinkt und die Aufrüstung mit Kürzungen bei Wohngeld und BAföG bezahlt wird. Der ökologische Umbau nimmt keine sozialen Rücksichten. Ob neue Heizsysteme oder höhere Mieten durch energetische Sanierungen, am Ende zahlen Geringverdienende drauf. Sind das nicht eher Gründe, DIE LINKE als die AfD zu wählen?

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt in einer Analyse der AfD-Aussagen beim Wahl-O-Mat 2021 zum Schluss, „dass Menschen, die die AfD unterstützen, am stärksten unter der AfD-Politik leiden“ würden. Sie hat eine Erhöhung des Mindestlohns ebenso abgelehnt wie eine

Begrenzung der Mieterhöhungen und eine Steuer auf hohe Vermögen. „Bemerkenswert ist, dass die AfD sich noch stärker ... für eine marktorientierte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ausspricht als die FDP.“ Die AfD hat außerdem alle Aussagen abgelehnt, die zu einer Lösung der Klimakrise beitragen könnten: Förderung von Windenergie, Tempolimit auf Autobahnen, stärkere Besteuerung von Flugverkehr. Aber wenn die Erd erwärmung sich weiter verschärft, werden Menschen mit geringerem Einkommen am stärksten betroffen sein.

Die AfD ist auch keine Friedenspartei. Vor dem Ukraine-Krieg forderte sie stets die Erhö-

hung des Rüstungshaushalts. Bei der Abstimmung über die 100 Mrd. Sondervermögen für die Bundeswehr stimmte die Hälfte der AfD-Fraktion dafür.

Wer die AfD allerdings wegen der angeblichen „Überfremdung“ wählt, liegt nicht falsch, da es das Markenzeichen der AfD ist, Menschen in Not, den Aufenthalt in Deutschland zu verwehren. Salonfähig wird sie, weil die Regierungsparteien und CDU/CSU immer mehr

auf ihre Rezepte zurückgreifen, um Flüchtende abzuschrecken.

Wer glaubt, mit der Stimme für die AfD seinen Protest auszudrücken, schneidet sich am Ende ins eigene Fleisch.

Nico Biver

► **Wahlabend der LINKEN**

So., 8. Okt., ab 17.30 Uhr, LINKEN-Büro, Elisabethstr. 9, Marburg

Impressum

Paroli

Herausgeber dieser Ausgabe: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf

Redaktion: Alexander Cramer (verantwortl.), Renate Bastian, Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Philipp Henning

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 26.9.2023

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Elisabethstr. 9, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de



Marburger Wahlauftritt: DIE LINKE muss im Landtag bleiben!

Die hessische CDU-Grüne-Regierung hat ein Armutszeugnis abgeliefert. Waren zu Beginn von Schwarz-Grün rund 14 Prozent der Bevölkerung in Hessen armutsgefährdet, sind es jetzt überdurchschnittliche 18 Prozent. Die Zahl der Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, ist immer noch genauso hoch wie vor 5 Jahren. Zugleich gibt es ein Viertel weniger Sozialwohnungen. An Schulen, in Krankenhäusern und in der Pflege fehlt es nach wie vor dramatisch an Personal und Investitionen. In der Verkehrspolitik haben trotz der lokal und weltweit immer sichtbarer werdenden Klimakrise immer noch Pkw-, Lkw- und Luftverkehr den planerischen Vorrang. In der Landeshauptstadt Wiesbaden wird die Präsenz und Steuerung von Militäroperationen der US-Armee weiter ausgebaut.

Wir rufen dazu auf, bei den Landtagswahlen DIE LINKE zu wählen, weil sie

- sich für bezahlbare Wohnungen und den Neubau von mind. 10.000 Sozialwohnungen pro Jahr einsetzt;
- gleiche Bildungschancen durch gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse und die Einstellung von mehr Lehrkräften ermöglichen will;
- Kinderarmut beseitigen und staatliche Aufträge nur noch an Firmen vergeben will, die mindestens 14 Euro Stundenlohn bezahlen;

Uwe Adler, Grafikdesigner | Ayla Arthur, Politikwissenschaftlerin und Studentin | Celia Bach, Rentnerin | Werner Bachmann, Rentner | Friedrich-Martin Balzer | Dr. Matin Baraki, Politikwissenschaftler | Renate Bastian, Journalistin | Marlis Bauß, Lehrerin i.R. | PD Dr. Johannes M. Becker | Angelika Becker, Lehrerin i.R. | Robert Bernhardt, Lehrer im Hochschuldienst | Sabine Bernhardt, Angestellte | Ulrike Bieker, Dekanatsreferentin | Nico Biver, Publizist | Daniel Blatz, Gewerkschaftlicher Bildungsreferent | Roland Böhm | Heiko Bolldorf, Gewerkschaftsreferent | Peter Braun, Bildhauer, Kirchhain | Bruno, Rentner Nesselbrunn | Dr. Kurt Bunke, Verwaltungsbeamter a. D., Cölbe | Alexander Cramer, Historiker | Kathrin Denig | Frank Deppe, Prof. em. | Ilona Dienes, Rentnerin Lahntal | Prof. Dr. med. Norbert Donner-Banzhoff, Philipps-Universität | Peter Ducke, Aufsichtsratsmitglied der Rhön Klinikum AG | Walburga Eicher, Förderschullehrerin | Kai Eicker-Wolf, Gewerkschaftssekretär | Ilina Fach, Kulturwissenschaftlerin | Elke Feldmann, MTA | Dr. Tilman Fischer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter | Tobia Foer, Student | Dieter Gabrian, Lehrer i.R. | Marita Gabrian, Lehrerin i.R. | Bernd Georgy, Lehrer i.R. | Jörg Gogoll | Gert Gohde, Rentner | Lucas Gollent | Roland Grimm, Erwerbsloser | Barbara Grosse, Hebamme Mainz | Ulrike Grünheid, Politologin | Fredy Haas, Fotograf und Techniker | Gisela Haberle, Rentnerin | Gerhard Haberle, Rentner | Jürgen Hahn-Schröder, Lehrer i.R. | Bernd Hannemann, Dipl. Sozialarbeiter (grad) i.R. | Inge Hartmann | Dr. Ursula Haupt, Rentnerin | Harry Hecker | Philipp Henning | Lutz Heusinger, Kunsthistoriker | Lothar Horn, Dipl.-Pädagoge | Michael Horstmann, Rentner | Joachim Höslér, Lehrer | Reinhold Jäger, Lehrer i.R. | PD Dr. Maximiliane Jäger-Gogoll | Erwin Junker, Rentner | Yusuf Karaaslan, Student, SDS |

- durch den Ausbau des Nahverkehrs insbesondere im ländlichen Raum allen Menschen eine möglichst kostenlose umweltfreundliche Mobilität ermöglichen will;
- für bezahlbare Energiepreise und den sozial verträglichen Ausbau erneuerbarer Energien kämpft;
- ein Konzept für gute medizinische Versorgung in Stadt und Land hat und unser Uni-Klinikum wieder in Landeseigentum überführen wird;
- die weitere Aufweichung des Asylrechts ablehnt und sich gegen rechten Hass und Hetze sowie eine weitere Militarisierung von Politik und Gesellschaft wehrt.

Die seit 2008 im Landtag vertretene LINKE hat einen guten Job gemacht. Sie hat eng mit Bewegungen gegen Armut und für bezahlbare Mieten, mit Klima- und Verkehrsinitiativen, mit der Friedensbewegung und den Gewerkschaften zusammengearbeitet. DIE LINKE zeigt, dass Druck von links unverzichtbar ist und auch aus der Opposition heraus wirksam sein kann.

Am 8. Oktober: DIE LINKE wählen

Siegfried Keck, Lehrer i.R., Gladenbach | Prof. Dr. Rainer Kessler, i.R., Universität Marburg | Christina Kleinert, Sozialpädagogische Fachkraft | Thomas Klingelhöfer, Gladenbach | Kurt Knieriem, Dipl.-Biologe | Peter Kolditz, Umweltaktivist | Dieter Kombächer, Rentner | Henning Köster-Sollwedel, Lehrer i.R., Stadtrat | Hans-Bernd Kruse, Souffleur i.R. | Gisela Lechner-Böhm | Arnold Leiter | Arnold Leiter, Rentner | Godela Linde, Rechtsanwältin | Peter Lob-Gottschaldt | Gert Meyer | Dorothea Micke, Angestellte | Thomas Nahrgang, Rentner, Stadallendorf | Lutz Nendel | Dennis Neumann, Doktorand | Ingrid Peglow, Rentnerin | K. Peter | Wolfgang A. Peter, Perfusionist/Kardiotechnik Herzchirurgie i.R. | Maximilian Peter, Schüler | Benjamin Pfalz, Gewerkschaftssekretär | Elke Rienhoff-Kühnl, Rechtsanwältin | Prof. Rainer Rilling, Soziologe | Dr. Songül Rolffs, Hochschuldozentin an der Uni Marburg | Miguel Sanchez, Sozialarbeiter | Jochen Schäfer, Fachkraft für Medien- und Informationsdienste | Birgit Schäfer-Biver, Künstlerin | Dr. Günter Schärer-Pohlmann, Beamter i.R. | Karl-Heinz Schmidt Rentner | Ralf Schrader, Lehrer i.R. | Adelinde Schröder, Lehrerin i.R. | Claudia Schulz | Karin Schwalm, Lehrerin i.R. | Bärbel Schwarz-Köppl, Oecotrophologin | Christa Seip, Rentnerin | Claudia Smolka, Dipl. Agr.-Ing., aktive Bäuerin | Andrea Sollwedel, Supervisorin | Ingar Soltz, Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung | Paul Squires, Staufenberg | Bernd Stolte, Dipl.-Soziologe | Rüdiger Stolzenberg, Rentner, Gewerkschafter | Inge Sturm, Stadtverordnete, Marburger Linke | Wolfgang Sutter, Unternehmer | Dirk Thielicke | Marion Twiesiek, Ärztin | Dieter Unsel, Rechtsanwalt | Kai Wagner | Brigitte Walbe, Kunsthistorikerin | Werner Wörder, Oberstudienrat | Merve Yetiz, Intensivpflegerin | Stefan Zelder, Referent | Hajo Zeller | Christiane Zielosko

Keine Höchstgrenze für Menschlichkeit

GEAS, eine neue Abkürzung, unter der sich nur wenige etwas vorstellen können. Sie steht für „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“ und wird von Nancy Faeser als „historischer Erfolg“ und „neue solidarische Migrationspolitik“ gefeiert.

GEAS bietet aber nicht die Lösung der bestehenden Herausforderungen, sondern stellt eine massive Verschärfung der Abschottung dar. Faktisch sprechen wir von der Abschaffung des individuellen Asylrechts in der EU. Die Schutzsuchenden warten in geschlossenen Haftlagern an den europäischen Grenzen auf ihre Abschiebung in sogenannte „sichere Drittstaaten“. Dorthin wird noch stärker als zuvor gegen sehr viel Geld das Problem ausgelagert. DIE



LINKE prangert diese „Verrechtlichung des Unrechts“ an und wendet sich gegen die Einschränkung der Menschlichkeit.

Die lokale Initiative „200 nach Marburg“ ist seit 2016 aktiv für kommunale Flüchtlingsaufnahme. Seitdem heißt es, 200 Menschen, die fliehen müssen, über sichere Fluchtwege nach Marburg zu holen. Die schwarz-grüne Landesregierung

hat 2019 ein Landesaufnahmeprogramm beschlossen, das als Unterstützung gut geeignet (gewesen) wäre. Nichts davon wurde umgesetzt, leider!

Bis heute erfolgte keine Aufnahme von Geflüchteten aus menschenunwürdigen Lagern wie Moria in Marburg, obwohl DIE LINKE mit Unterstützung des Stadtparlaments und auch des Oberbürger-

meisters immer wieder dafür eintritt. Spätestens seit der unkomplizierten Unterbringung der ukrainischen Geflüchteten wissen wir, dass die Aufnahme nicht an Kapazitäten gescheitert ist. Innenministerin Nancy Faeser bezeichnete kürzlich die Situation der Kommunen als „schwer“, lehnte es aber ab, die Zahl der Geflüchteten zu begrenzen. Denn: 8 von 10 kämen aus der Ukraine. Da könne es keine Höchstgrenze für Menschlichkeit geben! Wo bleibt da die Menschlichkeit gegenüber all den anderen? Wir richten uns gegen ein Zweiklassensystem von Menschen auf der Flucht und fordern deren Gleichbehandlung.

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem würde das Gegenteil bedeuten. Unsere Solidarität muss für alle gelten! GEAS kann und muss gestoppt werden! **Marita Gabrian, Initiative „200 nach Marburg“**